

ARBEITGEBERFORUM

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT GESTALTEN – VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN

Dokumentation

ARBEITGEBERFORUM

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

**SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
GESTALTEN – VERTRAUEN
ZURÜCKGEWINNEN**

Dokumentation

8. Juli 2009

Berlin | Haus der Deutschen Wirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

60 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland steht unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die Soziale Marktwirtschaft, vor neuen, großen Herausforderungen. Neben der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise ist eine wesentliche Aufgabe dieser Tage, um Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft zu werben. Unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung ist auf Glaubwürdigkeit und Vertrauen angewiesen, weil sie überzeugend sein muss für die Menschen, die sie tragen und prägen. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind deshalb aufgerufen, die Attraktivität unserer freiheitlichen und sozialen Ordnung darzustellen und zu vermitteln.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat mit der Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Mit ihr hat sich die EKD frühzeitig positioniert und eindeutig zur Sozialen Marktwirtschaft bekannt. Sie hat zu unternehmerischem Handeln ermutigt und die Leistung der Unternehmer für unsere Gesellschaft gewürdigt. Gleichzeitig versteht sich die Denkschrift als Einladung an die Wirtschaft, über die ethischen Maßstäbe unternehmerischen Handelns in einen neuen Dialog zu treten. Die BDA hat diese Einladung gerne angenommen und in dieser Veranstaltung den langjährigen Meinungsaustausch mit den Kirchen fortgesetzt. Im gemeinsamen Gespräch wurde nach Antworten gesucht, wie wir die Soziale Marktwirtschaft zukunftsfähig gestalten und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen können.

Die Diskussion hat gezeigt, dass Werteorientierung einerseits im Handeln der Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft sichtbar und erlebbar sein muss. Andererseits müssen sich ethische Maßstäbe auch in einer guten Rahmenordnung – national wie international – widerspiegeln. Beides ist wichtige Voraussetzung für ein erneuertes Vertrauen in unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.



Dr. Reinhard Göhner
Hauptgeschäftsführer der BDA
Berlin, Juli 2009

REDE

Dr. Dieter Hundt Arbeitgeberpräsident

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zum Arbeitgeberforum Wirtschaft und Gesellschaft. Ich freue mich auf eine fruchtbare Diskussion mit Ihnen über die Soziale Marktwirtschaft, ihre Gestaltung und ihre Zukunft.

Sehr geehrter Herr Bischof Huber,

Sie waren schon bei unserem ersten Arbeitgeberforum vor fünf Jahren bei uns zu Gast. Ich freue mich sehr, dass Sie unserer Einladung auch dieses Jahr gefolgt sind. Ich begrüße Sie herzlich und heiße Sie hier im Haus der Deutschen Wirtschaft herzlich willkommen!

Der Vertrauenskrise begegnen

In Deutschland ist nur noch jeder Zweite von unserer Wirtschaftsordnung überzeugt. Mehr noch: Knapp 40 Prozent der Menschen in Ostdeutschland würden dem Sozialismus noch einmal eine Chance geben. Diese Zahlen stimmen mich außerordentlich besorgt.

Warum? Weil ich fest davon überzeugt bin, dass die Soziale Marktwirtschaft die bestmögliche Wirtschaftsordnung in einer freiheitlichen Gesellschaft ist. Sie hat den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und damit breiten Wohlstand überhaupt erst ermöglicht. Sie hat soziale Sicherheit, bessere Arbeitsbedingungen und einen hohen Lebensstandard geschaffen. Leider ist es offenbar aber nicht gelungen, diese Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft deutlich genug zu vermitteln. Deshalb bleibt es unsere Aufgabe – als Repräsentanten der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft –, für sie, für die Soziale Marktwirtschaft, zu werben und allen deutlich zu widersprechen, die sie in Misskredit bringen. Kritiker der Sozialen Marktwirtschaft finden leider mehr und mehr Gehör. Die derzeitige schwere Wirtschafts- und Finanzkrise und damit verbundene Ängste machen

die Menschen empfänglicher für Grundsatzkritik an diesem unseren Wirtschaftssystem.

Zweifellos hat die Finanzkrise dem Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft geschadet: Der zügellose Kapitalismus auf den internationalen Finanzmärkten hat sich als brandgefährlich offenbart. Maßlosigkeit und auch fehlende Regeln haben zu Verwerfungen und einer Wirtschaftskrise ungeahnten Ausmaßes geführt.

Jetzt wäre es allerdings falsch und fahrlässig, diese Ausprägung des Kapitalismus mit unserer Wirtschaftsordnung gleichzusetzen. Die Soziale Marktwirtschaft ist kein hemmungs- und zügelloser Kapitalismus.

Staatsversagen auf den Finanzmärkten

Ich vergleiche die Soziale Marktwirtschaft gerne mit einem Wettkampf: Es gibt feste Spielregeln, an die wir uns halten müssen. Doch innerhalb dieses Regelrahmens können wir frei entscheiden, welche Spielzüge wir unternehmen. Dies setzt einen starken Regelgeber voraus, im Wettkampf genauso wie in der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Wirtschaftsordnung verlangt Wettbewerbsregeln, verlangt Ordnung und Kontrolle. Sie verlangt aber ausdrücklich nicht nach einem Staat, der alles regeln will und dabei das Wesentliche vergisst. Sie braucht stattdessen einen Staat, der Prioritäten setzt. Zum Wesentlichen gehört die Regulierung der Finanzmärkte. Daran hat es national und international gemangelt, allen öffentlichen Warnungen – auch seitens der Kirchen – zum Trotz.

Hier hat der Staat versagt. Und hier liegt eine Ursache für die Finanzkrise.

Fehler der Wirtschaft

Und auch wir, die Wirtschaft, haben Fehler gemacht. Wir haben die Debatte über die eigentlichen Ursachen dieser Krise bisher nicht konsequent und offen genug geführt.

Ich wende mich ausdrücklich an die Vertreter der Finanzwirtschaft: Sie müssen sich der

Diskussion stellen und dazu beitragen, dass sich eine derartige Krise auf den Finanzmärkten nicht wiederholt. Bisherige Aufklärungsversuche dürfen allenfalls ein Anfang sein.

Sich auf die Prinzipien zurückbesinnen

Jede Krise birgt Chancen. Dabei hat Deutschland die Chance, stärker und wettbewerbsfähiger aus der Krise hervorzugehen. Die Weichen dafür müssen wir aber jetzt stellen. Das setzt voraus, dass wir uns auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückbesinnen und dass wir auf einen starken, aber gleichzeitig schlanken Staat bauen können, der an der richtigen Stelle Regeln setzt.

Ich wiederhole: Wir müssen uns auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückbesinnen. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland spricht in seinem „Wort zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise“ vom vergangenen Donnerstag davon, dass wir eine Erweiterung der Sozialen Marktwirtschaft brauchen – eine soziale, ökologische und global verpflichtete Marktwirtschaft.

Vielleicht liegen wir hier, Herr Bischof Huber, ganz nah beieinander. Für mich heißt Rückbesinnung auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft vor allem: Rückbesinnung auf Freiheit und Verantwortung in Wirtschaft und Staat. Und das Gebot der Stunde lautet dabei Nachhaltigkeit. Der Rat der EKD kommt hier zu sehr ähnlichen Ergebnissen.

Nachhaltigkeit bedeutet für mich vor allem, dass der Staat entsprechend seiner Verantwortung konsequent und verlässlich langfristigen Zielen folgt, sich auf das Wesentliche konzentriert und realistisch Prioritäten setzt.

Aktuell sehe ich hierfür vier vorrangige Haupt- und Handlungsfelder.

Prioritäten setzen

An erster Stelle steht die Sicherung der Unternehmensfinanzierung. Die Banken müssen in der Lage sein, Unternehmen mit Krediten zu versorgen. Dazu muss sich der Finanzmarktsektor zü-

gig stabilisieren. Wir benötigen funktionierende Finanzmärkte – nicht um der Banken, sondern um der Unternehmen und ihrer Beschäftigten willen.

Ich beobachte mit Verwunderung, dass zwar über Regulierung gesprochen wird, sich aber bislang kaum etwas getan hat. Es darf nicht sein, dass alles so weitergeht wie bisher. Diesem Thema ist noch nicht die nötige Bedeutung beigemessen worden. Und es ist auch zu wenig geschehen, um die Wiederholung einer Krise auf den internationalen Finanzmärkten zu verhindern.

Meine zweite Priorität klingt bescheiden: Es darf nichts unternommen werden, was Wirtschaft und Arbeit zusätzlich belastet! Wir benötigen ein Moratorium für Wirtschaft und Arbeit – national und international. Dies gilt insbesondere für Steuern und Abgaben. Mit Blick auf die Wahlprogramme der Koalitionsparteien ist diese Forderung aber offenbar hoch gegriffen. Dort finden sich sozialpolitische Wunschvorstellungen, die zwangsläufig zu höheren Abgaben führen.

Meine dritte Priorität ist eine schnellstmögliche Konsolidierung des Staatshaushalts! Die horrende Staatsverschuldung ist eine Bedrohung für unsere Zukunft. Wir brauchen eine strikte Ausgabendisziplin bei den öffentlichen Finanzen.

Mittelfristig sind außerdem Entlastungen bei Steuern und Abgaben nötig. Vor allem die Sozialversicherungen brauchen tiefgreifende Struktur-reformen, damit sie den künftigen Generationen erhalten bleiben. Die bisherigen Reformen reichen angesichts der demografischen Entwicklung nicht aus. Steuersenkungen können erst in einem zweiten Schritt erfolgen. Ein einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem ist jedoch bereits jetzt umsetzbar.

Akzeptanz durch Verständnis aufbauen

Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft ist nicht nur durch die Finanzkrise verloren gegangen. Schon vorher litt sie unter einem Akzeptanzverlust.

Für mich sind mangelndes Verständnis von wirtschaftlichen Zusammenhängen und den Prinzipien und Werten der Sozialen Marktwirtschaft wesentliche Gründe dafür. Bedauerliche Verfehlungen von einzelnen Wirtschaftslenkern und mangelnde Sensibilität bei der Kommunikation haben den Ruf der Sozialen Marktwirtschaft weiter verschlechtert.

Die Akzeptanz und damit letztlich auch der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft hängen eng mit den Werthaltungen ihrer Repräsentanten zusammen. Es kommt auf das richtige Zusammenspiel von staatlicher Regulierung und individueller Verantwortung an. Neben den „Leitplanken“, die der Staat aufstellt, ist gerade die ethische Orientierung unternehmerischen Handelns für Akzeptanz und Vertrauen unerlässlich, also Haftung und Verantwortung bei Unternehmern und Managern.

Aus diesem Grund begrüße ich die Aussagen von Papst Benedikt XVI. in der gestern erschienenen Sozialenzyklika zum Zusammenhang von Verantwortung, Vertrauen und Erfolg in der Wirtschaft ausdrücklich. Es ist richtig, dass der Markt ohne solidarische und von gegenseitigem Vertrauen geprägte Handlungsweisen seine wirtschaftliche Funktion nicht voll erfüllen kann.

Unternehmerbild verbessern – an Werten orientieren

In der Öffentlichkeit hält sich hartnäckig das Bild vom bösen Manager der Großindustrie und vom guten Unternehmer in kleinen und mittelständischen Betrieben. Ich halte nichts von einer derartigen pauschalen Beurteilung und einer derartigen pauschalen Unterscheidung. Hier wie dort gibt es bedauerlicherweise schwarze Schafe. Der überwiegende Teil der Wirtschaftslenker – vom Familienunternehmer bis zum Konzernmanager – ist sich seiner Verantwortung bewusst, handelt danach und steht für sein Handeln auch gerade.

Werteorientierte, nachhaltige Unternehmensführung ist ganz wichtiger Bestandteil vieler, ja des Großteils der Unternehmen. Dies zeigt sich nicht nur beim vielfältigen gesellschaftlichen Engagement der Unternehmen. Gerade in der Krise

wird es deutlich: Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation versuchen die Unternehmer derzeit alles, um Entlassungen so weit wie möglich zu verhindern.

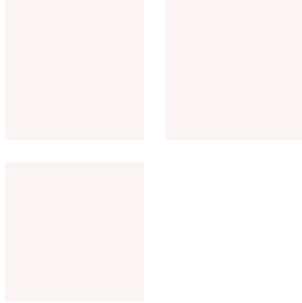
Wer in der Wirtschaft Vertrauen schaffen will, muss glaubhaft und dauerhaft Werte vorleben und Handeln auch begreifbar machen. Dazu gehört auch, den Beschäftigten und der Öffentlichkeit notwendige Entscheidungen offen und verständlich zu erklären.

Lieber Bischof Huber, in Ihrem Vorwort zum „Wort des Rates zur Wirtschafts- und Finanzkrise“ bringen Sie es auf den Punkt: „Es geht um das ethische Fundament, das die Mauer trägt, um den Mörtel des Vertrauens, der die Steine zusammenhält.“

Ich bin überzeugt: Wenn wir Verständnis für unternehmerisches Handeln fördern, gewinnen wir nicht nur das Vertrauen der Menschen. Wir werden genauso erleben, dass ethische Werte langfristig auch wirtschaftliche Werte schaffen.

Gleiches gilt für das Verständnis von der Sozialen Marktwirtschaft. Nur wer die Prinzipien und Werte der Sozialen Marktwirtschaft kennt und wirtschaftliche Zusammenhänge begreift, kann darauf vertrauen. An dieser Stelle sind wir gefragt. Wir müssen dazu beitragen, dieses Wissen und Verständnis zu vermitteln. Ein offener Austausch zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen kann helfen, Missverständnisse aus der Welt zu schaffen und mit Vorurteilen und Pauschalurteilungen aufzuräumen.

Lieber Bischof Huber, das Anliegen des Arbeitgeberforums ist es, über die Grundwerte unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ins Gespräch zu kommen. Sie sind ein Mann der klaren Worte. Und deshalb freuen wir uns auf Ihren Vortrag und die anschließende Diskussion!



Dr. Dieter Hundt



Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer



Bischof Dr. Wolfgang Huber



Dr. h. c. Josef Beutelmann



Anton F. Börner



REDE

Bischof Dr. Wolfgang Huber Ratsvorsitzender der EKD

Sehr verehrter, lieber Herr Dr. Hundt,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich bedanke mich sehr herzlich für die Einladung, an diesem Mittag zu Ihnen zu sprechen, und erinnere mich dabei auch gern an das erste Arbeitgeberforum, an dem ich schon einmal an diesem Platz Fragen der ethischen Orientierung in der Wirtschaft ansprechen durfte. Heute will ich das in der Kürze der Zeit in drei Punkten tun.

Diese drei Punkte heißen:

- I. Wo stehen wir?
- II. Auf welchen Ebenen brauchen wir eine Neuorientierung?
- III. Wie können wir Vertrauen erneuern?

I. Wo stehen wir?

„Ist der Markt noch zu retten?“ So fragt der Ökonom Peter Bofinger in seinem neuen Buch. Die Finanzkrise, so sagt er, habe die ungeheuren selbstzerstörerischen Kräfte eines weitgehend unregulierten Marktsystems gezeigt. Das ist die eine Diagnose. Eine andere findet sich in der neuesten Ausgabe von Cicero – und dass ich Cicero zitiere, ist natürlich eine besondere Hommage an die Moderatorin des anschließenden Gesprächs, Frau Fietz. Cicero kündigt in der Juli-Ausgabe bereits das Ende der Krise an. Die Talsohle sei durchschritten, die Frühindikatoren zeigten schon den nächsten Aufschwung. Wenn das stimmt, bleibt nur noch die Frage, ob wir aus der Erschütterung der letzten Monate irgendetwas gelernt haben.

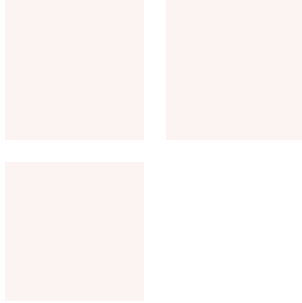
Noch ist es nicht ausgemacht, ob internationale Kontrollinstitutionen so ausgebaut und ausgestattet werden, dass sie mit der Dynamik der globalen Finanzmärkte Schritt halten. Während also noch ungewiss ist, ob wir aus dieser großen Krise etwas lernen, lassen sich auf der anderen Seite die Töne nicht überhören, die nach einem „Weiter so!“ klingen. Unvermindert hohe Renditeziele werden angesagt, die nur bei einem entsprechend hohen Anteil

von riskantem Investmentbanking erreichbar sind. Zugleich besteht für viele Unternehmen die Gefahr, von der Wirtschaftskrise mitgerissen zu werden, z. B. dadurch, dass es keine stabile Finanzierung der Unternehmen gibt oder dass die Auftragsbücher nicht so gefüllt sind, wie die Unternehmen das brauchen. Und für viele Beschäftigte bleibt es auch jetzt noch völlig in der Schwebelage, ob nach der Phase der Kurzarbeit Entlassungen bevorstehen oder ob ihre Arbeitsplätze sich stabilisieren.

Vor einem Jahr hat die Evangelische Kirche in Deutschland ihre Denkschrift „Unternehmerisches Handeln in evangelischer Perspektive“ veröffentlicht, die insgesamt zu einer Erneuerung des Verständnisses von Sozialer Marktwirtschaft aufgerufen und in diesem Zusammenhang bereits stärkere Regulierungen an den Finanzmärkten gefordert hat. Die Diskussion, die seit dem offenkundigen Beginn der Finanzmarktkrise über diese Denkschrift geführt wurde, hat unsere zentralen Thesen bestätigt. Wichtige Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft sind zu lange ins Hintertreffen geraten. Wenn sie jetzt wieder in Erinnerung gerufen werden – und in meiner Überzeugung zu Recht in Erinnerung gerufen werden –, ist die Selbstkritik die dafür angemessene Tonlage. In Teilen der Wirtschaft und des politischen Handelns wurden tragende Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung zu Unrecht vernachlässigt und deren moralische Grundlagen außer Acht gelassen. Ein Mangel an Verantwortungsbewusstsein hat maßgeblich zur aktuellen Krise beigetragen.

Deshalb brauchen wir jetzt nicht nur einen Konjunkturaufschwung, sondern auch einen Wertaufschwung. Wir brauchen nicht nur eine Erneuerung der unternehmerischen Initiative, sondern vor allem eine Erneuerung der Verantwortung. Wir brauchen nicht nur neue Regeln für die Finanzmärkte, sondern auch neue Regeln für das persönliche Verhalten in Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Fundament unserer Wirtschaftsordnung ist verantwortete Freiheit. Das ist eine Perspektive, die gerade dann naheliegt, wenn man die christlichen Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung in Erinnerung ruft und dabei auch die protestantische Vorgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft mit einbezieht. Freiheit ohne Verantwortung ver-



kommt. Eigennutz als Triebkraft der Marktwirtschaft braucht die Verpflichtung auf das Gemeinwohl. Wenn die gesamte Lebenswirklichkeit dem Gewinnstreben unterworfen wird, verkehrt sich der ökonomische Nutzen in einen Verlust an Lebenswert. Der gesellschaftliche Wohlstand sinkt, das Gemeinwohl zerfällt, die Umweltzerstörung nimmt zu, die Lasten für die kommenden Generationen werden übermächtig. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland wie auch ich persönlich sehen darin ein Warnzeichen. Deshalb sagen wir: Ein einfaches „Weiter so!“ wäre katastrophal.

Deshalb haben wir in der vergangenen Woche eine Schrift zu diesem Thema vorgelegt. Der Titel dieser Schrift heißt: „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“. Er spielt auf ein Wort aus dem Jesajabuch an, in dem der Prophet Jesaja sein Volk vor dem Verhängnis warnt. Verzweifelt versucht der Prophet, seinen Adressaten die Augen zu öffnen. Er erinnert an die Gebote Gottes, die kaum noch einer beachtet. Doch das „Weiter so!“ erscheint bequemer. Gilt das auch heute? Wer bereit ist hinzusehen, erkennt: Der wachsende Berg der Staatsschulden, die mit der gegenwärtigen Krise weiter aufgehäuft werden, wird vor allem die nächsten Generationen massiv belasten. Zugleich werden auch die sozialen Sicherungssysteme beeinträchtigt, von denen man doch sagen muss, dass sie Deutschland in dieser Krise robuster gemacht haben als andere Länder. In einer Situation, in der die einen schon wieder von aufs Neue steigenden Gewinnen träumen und die anderen mit erheblichen Einschränkungen rechnen müssen, halte ich eine Debatte über die Zukunft unserer Wirtschaftsordnung für dringend geboten.

Das gilt nicht nur im Blick auf unser Land. Denn der Einfluss der nationalen Politik hat angesichts der Globalisierung abgenommen. Das gilt auch im Blick auf das Zusammenspiel der großen Wirtschaftsmächte und das Verhältnis zwischen den überschuldeten Ländern und ihren Gläubigern. Kirchlich betrachtet müssen wir sagen: Die Stimmen unserer Partnerkirchen im Süden dieser Erde mahnen uns, die Situation auch mit den Augen der Ärmsten zu sehen.

Deswegen bin ich persönlich sehr gespannt darauf, ob es in diesen Tagen, in denen die G8 in L'Aquila zusammentreten, eine Initiative gibt,

die tatsächlich dazu führt, dass die Perspektive dieses wichtigen internationalen wirtschaftspolitischen Treffens erweitert wird – übrigens nicht nur mit Blick auf die Beteiligung aller Mitgliedsstaaten der G20, sondern auch mit Blick auf eine Verstärkung der Beteiligung von Staaten, die die Perspektive des Armutsgürtels unserer Erde in diese Beratungen einbringen.

Es geht in der heutigen Situation um weit mehr als um Krisenmanagement. Konjunkturpolitische Maßnahmen und die Regulierung der Finanzmärkte sind wichtig. Darüber hinaus geht es aber um einen grundlegenden Wandel. In dem Text „Wie ein Riss in einer hohen Mauer“ legen wir in zehn Orientierungspunkten dar, worauf es aus unserer Sicht national und international ankommt. Wir müssen die tragenden Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft wieder ins Bewusstsein rufen und angesichts der Herausforderung nachhaltigen Wirtschaftens weiterentwickeln. Wir brauchen tragfähige globale Rahmenbedingungen und Kontrollinstanzen für ein soziales und nachhaltiges Wirtschaften, auch und zuerst im Kontext der Europäischen Union. Wir müssen die Kosten der Krise möglichst gerecht verteilen.

Wir brauchen Schritte zum nachhaltigen Wirtschaften. Politische Initiativen in dieser Richtung begrüßen wir als Kirche ausdrücklich.

Ich nehme natürlich auch mit großer Aufmerksamkeit wahr, wie sich die Initiative, die wir als Evangelische Kirche in Deutschland in Anknüpfung an unsere Unternehmerdenkschrift vom vergangenen Jahr jetzt noch einmal ergriffen haben, zu dem weiten Bogen verhält, den Papst Benedikt XVI. gestern mit seiner Enzyklika „Caritas in veritate“ geschlagen hat. Das ist eine Enzyklika, die viele Aspekte berührt und viele Themen anspricht, aber einen besonderen Akzent – in Anknüpfung an die Enzyklika „Populorum progressio“ von Papst Paul VI. – auf die internationalen, die globalen Aspekte verantwortlichen Wirtschaftens unter dem Gesichtspunkt von Solidarität und Gerechtigkeit lenkt. Sie werden sich wahrscheinlich daran erinnern, dass sich die Kirchen in Deutschland mit ihrem Wirtschafts- und Sozialwort von 1997 selbst auf diese Perspektive verpflichtet haben: für eine Zukunft in Gerechtigkeit und Solidarität.

II. Auf welchen Ebenen brauchen wir eine Neuorientierung?

Ich bin davon überzeugt, dass die nötige Erneuerung des Vertrauens sich nur durch eine fundamentale Neuorientierung erreichen lässt. Das führt mich zu der zweiten Frage: Auf welchen Ebenen brauchen wir eine solche Erneuerung? Ich glaube, wir müssen vier Ebenen zugleich in den Blick nehmen: persönliches Verhalten, unternehmerische Verantwortung, politische Regulierung, soziokulturelle Orientierungen.

Die gegenwärtige Krise – dies wird angesichts eines verbreiteten Systemdenkens oft übersehen – hat eine individualethische Dimension. Viele haben ihre Freiheit allein mit Blick auf die eigenen Individualinteressen genutzt. Verantwortlich zu handeln heißt aber, eigene Entscheidungen darauf hin zu prüfen, dass sie anderen keinen Schaden zufügen. Niemand stehe sich mit dem Argument aus der Verantwortung, gegenüber den systemimmanenten Zwängen habe der einzelne Unternehmer oder Manager, Politiker oder Verbraucher keinen Handlungsspielraum. Vielmehr sollte man in Erinnerung behalten, was Johannes Calvin, dessen 500. Geburtstag wir übermorgen hier in Berlin feierlich begehen werden, zu unserem Thema zu bemerken wusste: „Wir sollen von unserer Freiheit Gebrauch machen, wo sie zur Auferbauung des Nächsten dient. Wenn es aber dem Nächsten nicht dient, so sollen wir auf sie verzichten.“

Als Zweites lässt sich eine klare ethische Verantwortung auf der Ebene der Unternehmen festmachen. Das hat spätestens die Diskussion über die falschen Anreize gezeigt, die mit der Kopplung von Boni oder Managergehältern an die kurzfristige Steigerung der Ertragshöhe verbunden waren. Unternehmen müssen sich in ihren inneren Strukturen so ausrichten, dass sie am Markt erfolgreich sind. Aber niemand sage, der Markt könne ethische Verantwortung und eine ihr entsprechende langfristige Orientierung ersetzen. Wie wichtig ethische Verantwortung und langfristige Orientierung auf der politischen Ebene sind, liegt heute auf der Hand.

Mit Erschrecken stellen wir fest, dass es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, politische Regelungen gegenüber den treibenden Kräften

auf den Finanzmärkten wirklich zur Geltung zu bringen. Interessenkollisionen, Uneinigkeit im Blick auf das Notwendige und der Mangel an einem international abgestimmten Vorgehen wirkten dabei zusammen. An der bewussten Abwertung von politischen Rahmenregelungen, ja auch an Diffamierungen des Staates, der solche Regelungen trifft, hat es freilich auch nicht gefehlt. Doch die Akteure schneiden sich ins eigene Fleisch, wenn sie unter fragwürdiger Berufung auf die Freiheit den Staat pauschal zurückzudrängen suchen. Heute wissen wir: Es geht nicht um die Frage, ob der Staat reguliert, sondern wie er so klug reguliert, dass er seine soziale Schutzfunktion möglichst optimal mit der Dynamik von Marktprozessen verbindet. Aber auch auf der Ebene der Mentalitäten, die in einer Gesellschaft vorherrschen, also auf der soziokulturellen Ebene, muss und kann die Wirtschaftskrise zu einer Neuorientierung führen. Die Verlockung des schnellen Geldes war eine der Ursachen für diese Krise. Die Gier, also der Geist des Habenwollens, stieß auf Anreizsysteme, denen gegenüber es für manche kein Halten mehr gab. Nur auf den eigenen Vorteil zu achten, gilt nach wie vor weithin als selbstverständlich. Steuern werden als Abkassieren des Staates bezeichnet und damit als illegitimer Eingriff in das eigene Eigentumsrecht gebrandmarkt. Dass ein Bewusstsein für den verpflichtenden Charakter von Eigentum für die moralische Ökologie einer Gesellschaft unentbehrlich ist, gerät dann in Vergessenheit, wenn ein solches Denken sich ausbreitet. Ausdrücklich beharren wir demgegenüber darauf: Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung wird in ihren Fundamenten beschädigt, wenn der erwirtschaftete Wohlstand nicht zum Motor des sozialen Ausgleichs wird.

Persönliches Verhalten, langfristige unternehmerische Perspektive, politische Regelungen, soziokulturelle Orientierung – auf diesen vier Ebenen müssen wir heute über die richtigen Wege aus der Krise nachdenken. Aus den Grundimpulsen des christlichen Glaubens wie aus den Überlegungen praktischer Vernunft ergeben sich dabei klare Wegmarken. Wenn wir in der Unternehmerdenkschrift sowie dem neuen Text zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise als Kirche solche Wegmarken zur Sprache bringen, dann wollen wir damit nicht selbst Politik machen, aber wir wollen Politik möglich machen.

III. Wie können wir Vertrauen erneuern?

Damit komme ich zu der knappen Schlussüberlegung, die die Herausforderung aufnimmt, die mit der Einladung zu diesem Arbeitgeberforum ausgesprochen worden ist: „Soziale Marktwirtschaft gestalten – Vertrauen zurückgewinnen“. Beim Nachdenken über diese Überschrift habe ich freilich darüber gegrübelt, ob wir eigentlich heute eher sagen sollen: „Vertrauen zurückgewinnen“ oder ob wir sagen sollen: „Vertrauen erneuern“. Persönlich bin ich für die zweite Variante, weil ich unter der ersten Variante manche Stimmen höre, die der Meinung sind, der Vertrauensverlust liege ausschließlich daran, dass das Publikum Wirtschaft nicht richtig versteht; wenn dagegen die Menschen die Wirtschaft erst richtig verstünden, dann wäre das Vertrauen auch wiederhergestellt.

Doch aus einem Mangel an Vertrautheit allein kann ich mir nicht erklären, warum – was mich in hohem Maße beunruhigt – nach manchen Umfragen das Vertrauen in die Wirtschaft im Augenblick bei 10% der Bevölkerung liegt. Aus einem so weit gehenden Misstrauen werden in der Tat vollkommen irrationale Stimmungen gespeist; zu ihnen gehört die erschreckende Stimmung, dass gegenwärtig im Osten Deutschlands der Anteil derjenigen wächst, die sich auch eine sozialistische Planwirtschaft wieder vorstellen können. Was für ein Alarmzeichen! Und nach meiner Überzeugung nicht nur ein Alarmzeichen für Unverständnis, sondern auch ein Alarmzeichen für verlorenes Vertrauen.

In dieser Situation spüren wir, dass für die Wirtschaft Vertrauen ebenso wichtig ist wie Kapital. Deswegen möchte ich neben die Aussage von Herrn Dr. Hundt, dass stabile Unternehmensfinanzierung die erste Priorität sei, mit der gleichen Dringlichkeit die Priorität setzen, sich darum zu bemühen, das Vertrauen durch vertrauenswürdige Handeln und Verhalten zu erneuern. Das hat die gleiche Priorität. Denn in all seinen Funktionen ist unternehmerisches Handeln auf Vertrauen angewiesen. Dieses Vertrauen hängt davon ab, dass Unternehmerinnen und Unternehmer, Managerinnen und Manager als öffentliche Personen in ihrem alltäglichen Handeln selbst grundlegende ethische Werte und Tugenden vertreten.

Verlässlichkeit, Transparenz, Ehrlichkeit gelten dabei als Werte, von denen das Vertrauen, das Unternehmern entgegengebracht wird, im besonderen Maß abhängt. Dieser Umgang mit öffentlichen Tugenden ist deshalb von besonderer Bedeutung. So kann kein Unternehmen der Welt lange existieren, wenn von den leitenden Personen öffentlich zerstörerische Werte wie Gier oder Neid vertreten werden, weil diese Werte jede Form des Zusammenhalts in einem Unternehmen und des Vertrauens zwischen den Unternehmen zerstören. Die Unterscheidung zwischen berechtigtem Eigeninteresse, das es braucht, damit Selbstverantwortung möglich ist und Wirtschaft überhaupt in Gang kommt, und zerstörerischer Gier ist von fundamentaler Bedeutung. Die Grenze zwischen beiden lässt sich nicht ein für alle Mal endgültig oder gar zahlenmäßig fixieren. Die Selbstverantwortlichkeit aller Beteiligten aber dafür freizuhalten, über diese Grenze immer wieder nachzudenken und sie im Blick zu behalten, ist für unsere Wirtschaftskultur von schlichtweg entscheidender Bedeutung.

Nicht allein um Zahlen geht es in der Ökonomie wesentlich, sondern es geht ebenso um Vertrauen und Bindung. Das ist ein dramatisch unterschätzter Faktor. Und ich sehe die wichtigste Lehre der letzten zwölf Monate darin, dass dieser Faktor wieder gewürdigt wird. Denn wir stellen fest: Vertrauen ist noch schwerer wieder aufzubauen als Kapital.

Die Tugend des Maßes spielt in diesem Zusammenhang sowohl mit Blick auf die Gewinne von Unternehmen als auch mit Blick auf die Bezahlung von Managern eine große Rolle. Grundsätzlich, so formulieren wir in unserer Unternehmerdenkschrift, sollen die höchsten Gehälter in einem Unternehmen vor den Geringsten gerechtfertigt werden können. Und sicherlich muss es in Zukunft stärker so sein, dass zusätzliche Leistungsbezahlungen an die langfristige und nachhaltige Ertrags- und Wertsteigerung eines Unternehmens geknüpft sein müssen statt an kurzfristige Renditemaximierung.

Ein letzter Ausblick: Unternehmerisches Handeln ist in Deutschland fest eingebunden in unser System der Sozialen Marktwirtschaft, bei dem wir davon ausgehen, dass ein starker Staat

den wirtschaftlichen Wettbewerb effizient gestaltet und auf diese Weise für unternehmerische Freiheit sorgt. Der Staat hat in dieser Funktion nicht die Aufgabe, selbst Wirtschaft zu machen, sondern Wirtschaft zu ermöglichen und auf diese Weise auch der Wirtschaft Grenzen zu setzen. Notwendig ist deshalb eine gewisse Distanz des Staates zur Wirtschaft. Gerade in der gegenwärtigen Krisensituation zeigt sich, wie wichtig und schwierig zugleich diese Grenzziehung ist. Ebenso deutlich sehen wir heute die Notwendigkeit,

bei den staatlichen Rahmenseetzungen für wirtschaftliches Handeln und bei den Maßnahmen zur Krisenbewältigung das Gebot der Nachhaltigkeit zum Zuge zu bringen. In diesem Sinn ist es notwendig, die Soziale Marktwirtschaft nicht nur in ihrer – während der letzten Jahre zum Teil sträflich vernachlässigten – Bedeutung zur Geltung zu bringen, sondern – und mit diesem Schritt scheinen wir gemeinsam unterwegs zu sein – sie zu einer nachhaltigen Sozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln.

PODIUMSDISKUSSION

Soziale Marktwirtschaft gestalten – Vertrauen zurückgewinnen

Referenten:

Dr. h. c. Josef Beutelmann

Vorsitzender Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland, Vorsitzender der Vorstände Barmenia Versicherungen

Anton F. Börner

Präsident Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen, persönlich haftender Gesellschafter Börner + Co.

Bischof Dr. Wolfgang Huber

Ratsvorsitzender der EKD

Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer

Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Freiburg, Mitglied der Arbeitsgruppe für sozialpolitische Fragen der Kommission VI der Deutschen Bischofskonferenz

Moderation:

Martina Fietz, Cicero

Wie das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft und in die handelnden Personen zurückgewonnen werden kann, war die Ausgangsfrage der Podiumsdiskussion. Die Teilnehmer waren sich einig, dass Voraussetzungen dafür eine der Freiheit und Verantwortung verpflichtete Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, ethisch handelnde Personen in Politik und Wirtschaft und eine gut funktionierende Regulierung der Finanzmärkte sind.

„Im Mittelpunkt hat der Mensch mit seiner Freiheit zu stehen. Der Mensch, der eingebunden ist in die Gesellschaft und Verantwortung für sie und in ihr übernimmt.“ Dies machte Prof. Dr. Ursula Nothelle-Wildfeuer als eine der Kernaussagen der am Vortag veröffentlichten Sozialzyklika „Caritas in veritate“ aus. In ihr lege Papst Benedikt XVI. die sozialen Fragen der Gegenwart dar und definiere das Wirtschaftsgeschehen als „Dienst am Menschen“. Vieles in der Enzyklika zeige, dass

es enge Anknüpfungspunkte gebe zwischen dem, was wir in Deutschland unter der Sozialen Marktwirtschaft verstehen, und dem, was Papst Benedikt XVI. als ein Modell marktwirtschaftlicher Ordnung befürworte. Gleichmaßen betone der Papst auch die Bedeutung des Staates, der eine gute Rahmenordnung vorgeben müsse, um nachhaltiges Wirtschaften überhaupt erst zu ermöglichen. Neben der Politik und der Wirtschaft nehme der Papst mit der Zivilgesellschaft darüber hinaus auch die gesellschaftlichen Akteure mit in die Pflicht für das wirtschaftliche Geschehen. All dies betrachte er unter dem Vorzeichen der Globalisierung, die er als einen Prozess verstehe, der unter der Maßgabe ethischer Werte zu gestalten sei.

Freiheit ohne Verantwortung verkommt

Der unbedingte Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung wurde von allen Podiumsteilnehmern als die grundlegende Voraussetzung für ein nachhaltiges Wirtschaften in den Blick genommen. Neben der Verantwortung jedes Einzelnen wurde besonders auch die Verantwortung des Staates für eine gute Rahmenordnung hervorgehoben.

Anton F. Börner betonte: „Verantwortung entsteht immer dann, wenn ich eine Aufgabe übernehme und wenn ich das Gefühl habe, ich kann etwas, was andere nicht so gut können.“ Kreativität sei die Triebfeder unternehmerischen Handelns und müsse im Vordergrund stehen. Kreativität, gepaart mit Durchsetzungskraft und Risikobewusstsein, bedeute, dass man frei handeln könne. Zum Verantwortungsgefühl brauche es deshalb zwingend die Freiheit – „die Freiheit, dass man mich handeln lässt“. Ohne Freiheit käme man zu dem Punkt, dass man sich nicht mehr kreativ im Markt bewegen könne, was in der Entwicklung zu einer ineffizienten Situation führe, die letztlich allen schade.

Auch Bischof Dr. Wolfgang Huber hob hervor, dass nachhaltiges wirtschaftliches Handeln nur unter der Bedingung von Freiheit möglich sei. Nur unter der Voraussetzung von Freiheit könnten Menschen ihre Kreativität entfalten. Auch die Unternehmerdenkschrift der EKD betone dies besonders. Er unterstrich: „Uns sind Gaben und

Fähigkeiten anvertraut, aus denen wir etwas machen sollen. Diese Gaben und Fähigkeiten zu gebrauchen, ist nicht etwa irgendein Egoismus, sondern ist dankbare Annahme des eigenen Lebens mit seinen Gaben.“ Damit seien die Gaben gemeint, die jedem Menschen anvertraut seien. Jeder habe die Aufgabe, das ihm Mögliche daraus zu machen. Voraussetzung hierfür sei ein gutes Bildungssystem, in dem jeder Einzelne die Chance hat, seine Gaben zu entfalten. Bischof Huber unterstrich den Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung. „Es gibt keine Freiheit, die auf Dauer tragfähig ist ohne Verantwortung. Grenzsetzungen, die damit verbunden sind, muss jeder für sich selber anerkennen und sein eigenes Handeln darauf ausrichten.“ Subsidiär trete der Staat mit seinen Regelungssystemen ein.

Herr Börner ergänzte: „Der Staat muss die Verantwortung übernehmen, dass er die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass ich frei handeln kann und vor allem frei handeln will zum Wohle der Gesamtheit. Und ich muss auf der anderen Seite auch die Grenzen des Staates so akzeptieren, dass ich mich nicht aus diesem System verabschiede und mir irgendwelche Schlupflöcher suche.“ Er zeigte sich sicher, dass es im Wirtschaftsgeschehen zur Etablierung gewisser „Spielregeln“ kommen werde – auch weil die Nachfrage, der Markt und die Kunden, im Hinblick auf verantwortungsvolles, nachhaltiges Handeln gewisse Standards erzwingen werde. Im Hinblick darauf, ob die Moral hierbei eine Rolle spiele, zeigte er sich hingegen skeptisch: „Die Moral können Sie nicht verordnen, die Moral fängt letztendlich beim Bewusstsein des Individuums an, und das ist eine Frage der Erziehung. Das fängt bei unserem Schulsystem an.“ Die Managerausbildung sei, in den letzten 20 Jahren zumindest, zu technokratisch unter Effizienzkriterien gelaufen. „Es war der der beste Manager, der aus dem Planspiel den höchsten Profit erzielen konnte. Wir haben vergessen, dass Bildung den gesamten Menschen umfassen muss.“ Es gelte jetzt, den ganzen Menschen in den Vordergrund zu stellen. Die Wirtschaftselite habe eine große Verpflichtung, dies nach außen zu kommunizieren und auch zu leben.

Dass der Mensch der entscheidende Maßstab zur Orientierung sei, wenn es um die Etablie-

rung von Standards und Strukturen gehe, werde auch von der Sozialenzyklika des Papstes betont, ergänzte Frau Prof. Nothelle-Wildfeuer. „Das, was wir etablieren“, so Nothelle-Wildfeuer, „darf nicht einfach ein Selbstzweck sein oder einfach nur auf höchstmögliche Effizienz ausgerichtet.“ Aus der Orientierung am Menschen müsse ein Wertebewusstsein resultieren. Es müssten die Werte wieder in den Vordergrund gestellt werden, die dem Menschen dienen.

Dr. Josef Beutelmann pflichtete dem bei. Die Werteorientierung und nicht nur Shareholder-Value-Gesichtspunkte müssten wieder wesentlich stärker in den Fokus gerückt werden. Er ergänzte, dass die Abkopplung der Finanzwirtschaft von der Realwirtschaft in diesem Zusammenhang ein Problem sei – allerdings sei die Entwicklung nicht mehr zurückzudrehen. Es müsse jetzt geklärt werden, wie mit neuen Finanzinstrumenten sinnvoll umgegangen werden könne und wie sie in das Finanzsystem eingebunden werden könnten, so dass sie nicht schädlich seien. Dabei dürfe – besonders auch im Interesse der ärmeren Länder – nicht vergessen werden, dass die Entwicklung der vergangenen Jahre lange Zeit zu einem weltweiten Wachstum geführt habe. Jetzt müsse es einerseits darum gehen, Wachstumszeichen zu setzen, die aber andererseits auch ethisch verantwortet sein müssten. Das sei in erster Linie eine Frage der Regulierung und der Transparenz. Dem stimmte auch Herr Börner zu. Mit Transparenz, der Verhinderung von Monopol- und Oligopolstrukturen und Rechtssicherheit wäre auf nationaler wie internationaler Ebene viel gewonnen.

Herr Dr. Beutelmann unterstrich, dass es nicht ausschließlich um die Ethik in der Wirtschaft gehen dürfe, sondern auch um die Ethik in der Politik. Er sehe den Ursprung der Krise in der amerikanischen Gesetzgebung: „Es waren demokratische Regierungen in Amerika, die durch ein Gesetz durch die Vergabe von Mitteln an finanziell Minderbemittelte – in guter Absicht sicherlich – ermöglicht haben, dass sich diese Blase gebildet hat.“ Dadurch seien die heute offensichtlichen Verwerfungen in den Finanzmärkten weltweit überhaupt erst in Gang gekommen. Entsprechende Gegenregulierungsmaßnahmen habe es nicht gegeben. Dabei gehe es nicht ohne einen starken Staat, der den Prozess von vornherein hätte

vernünftig begleiten müssen. Insofern könne man über die Gier der Banker oder Manager natürlich diskutieren – der Ursprung der Misere sei sie nicht gewesen.

Er machte zudem deutlich, dass ganz klar unterschieden werden müsse zwischen Regulierungen, die funktioniert haben, und Regulierungen, die nicht funktioniert haben. Bei den Versicherungsunternehmen hätten sie funktioniert. Zumindest für Deutschland müsse klar differenziert werden zwischen einer Banken- und einer Wirtschaftskrise. Aber auch beim amerikanischen Versicherungsunternehmen AIG sei im Grunde genommen der Bankenteil, nicht der Versicherungsteil des Unternehmens betroffen. Daher glaube er, „dass die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland eindeutig bewiesen hat, dass Regulierung funktioniert“.

Bischof Huber äußerte Vorbehalte gegenüber Versuchen, einen „Verschiebebahnhof“ zu installieren, bei dem es darum gehe, ob die Hauptschuld an der gegenwärtigen Krise bei der Politik oder bei der Wirtschaft liege. Er sei misstrauisch, wenn aus der Wirtschaft, die lange nach Deregulierung und einer Zurückhaltung des Staates gerufen habe, jetzt der Ruf nach dem Staat laut werde. Der Staat könne nicht alles regeln, was wirtschaftlich notwendig sei, damit Maß und Mitte wiedergefunden werden.

Ethische Maßstäbe globalisieren

„Wäre eine Krise des gegenwärtigen Ausmaßes undenkbar gewesen, wenn es die Soziale Marktwirtschaft weltweit gäbe? Und ist – vor dem Hintergrund der Globalisierung – ein weltweit gültiger ethischer Kodex als Grundlage des wirtschaftlichen Handelns überhaupt realistisch?“

Auf diese Fragen unterstrich Bischof Huber noch einmal die Bedeutung des aus der katholischen Soziallehre stammenden Begriffs der Subsidiarität. Wenn Menschen nur unter dem Zwang staatlicher Sanktionen ethisch handeln würden, gäbe es einen Zusammenbruch jedes denkbaren Gemeinwesens. Vielmehr sei die Umsetzung des Subsidiaritätsgedankens in einer globalisierten Wirtschaft, national wie international, unbedingt

notwendig. Angesichts der Pluralität von Weltanschauungen gelte es, die Gemeinsamkeiten – den „overlapping consensus“ – zu stärken. Dies bedeute gleichzeitig, auch die eigene christliche Identität erkennbar zu machen und die christliche Prägekraft der Grundlagen unserer Kultur selbstbewusst, aber nicht mit einem Alleinvertretungsanspruch zur Sprache zu bringen. Bischof Huber wünschte sich, dass auf diesem Weg mutiger vorgegangen und z. B. die Idee von Corporate-Governance-Kodizes internationalisiert werde. Alles andere führe zu einer „absoluten Asymmetrie zwischen einer globalisierten Wirtschaft und einer provinzialisierten Ethik“.

Frau Prof. Nothelle-Wildfeuer machte im Hinblick auf einen weltweit anzustrebenden ethischen Konsens deutlich, dass es von zentraler Bedeutung sei, dass die unterschiedlichen Gruppierungen, Vereinigungen und Kulturen ihre Verantwortung wahrnahmen. „Es darf nicht staatlicherseits zu einer Diktatur des Guten kommen. Sondern es muss, was diese Werte angeht und die Findung eines Konsenses, tatsächlich bei den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen liegen, dass diese hier Bewusstseinsbildung betreiben.“ Das sei auch im Blick auf einen Konsens für die globale Wirtschaft von großer Bedeutung. „Und genau das wäre die Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, eben die Verantwortung zunächst für diesen Wertebildungsprozess dort anzusetzen, wo sie auf der niedrigsten Ebene auch wahrgenommen werden kann, ohne damit provinziell bleiben zu müssen.“

Herr Börner unterstrich, dass die Wirtschaft eine Bringschuld habe. Die Globalisierung habe eine ungeheure Dynamik, weil sie Kulturen, Menschen, politische Systeme miteinander vernetze und zum Dialog zwingt. Hierin liege die ungeheure Chance der Globalisierung. „Wir sind in diesem Zusammenhang viel zu ängstlich. Wir haben den Menschen so viel zu sagen, aber wir trauen uns nicht, wenn wir in den Bereich der Ethik gehen. Wir reden gern über Technik und über Methoden, aber nicht über das, was uns als Abendländer auszeichnet, all das, was wir mitnehmen und was letztendlich auch ökonomisch zu unserem Erfolg geführt hat. Ohne diese Vergangenheit wären wir nicht da, wo wir heute sind. Das müssen wir kommunizieren.“ Die Millionen „Point-to-Point-Verbin-

dungen“ weltweit in alle Länder, in alle Kulturen und in alle Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme seien ein großes „Asset“, das im Dialog gefördert werden müsse.

Bischof Huber lag daran, das Bild der Globalisierung zu vervollständigen: „Globalisierung ist ein ambivalenter Vorgang. Wir müssen versuchen seine Chancen zu nutzen, wir müssen uns aber auch anstrengen, seine Gefahren zu begrenzen.“ Es sei nicht selbstverständlich, dass es gelinge, in dieser Situation die Quellen ethischer Orientierung wieder ausreichend kräftig zu machen. Schließlich zehre unsere Gesellschaftsordnung von Voraussetzungen, die sie nicht selbst hervorbringen könne.

Herr Dr. Beutelmann ergänzte, es brauche jetzt eine Regulierung mit Augenmaß, die es ermögliche, die Freiheit so zu gestalten, dass sie sozial verantwortet werden könne. „Wir müssen aufpassen, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten, dass wir keine Überregulierung bekommen.“ Es sei völlig richtig, dass ein weltweiter Konsens, auch in ethischen Belangen, notwendig sei. Dieser könne allerdings nicht verordnet, sondern nur mühsam erarbeitet werden, von Politikern, Verantwortlichen in der Wirtschaft und Wissenschaftlern gleichermaßen. Die Kirchen seien hierbei wichtige Mahner und Wegbegleiter.

Die Krise als Chance?

Auf die Zukunft angesprochen, zeigten sich alle Podiumsteilnehmer optimistisch.

Herr Dr. Beutelmann äußerte seine Hoffnung, dass Deutschland in fünf Jahren besser dastehe als heute, möglicherweise sogar gestärkt aus der

Krise hervor gehe. Die Tarifvertragsparteien als wesentlicher Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft bewiesen in der Krise sehr viel Verantwortungsbewusstsein. Das müsse auch in Zukunft entsprechend ausgebaut werden, ebenso wie die Bemühungen für Bildung.

Weil in diesem Land jeder Mitarbeiter, Unternehmer und auch Rentner gebraucht werde und weil es in Deutschland eine hohe Kreativität und Leistungsbereitschaft gebe, zeigte sich Herr Börner fest davon überzeugt, dass die Krise gemeistert werden könne und dass weltweit Wohlstand, Stabilität und Sicherheit zunehmen würden.

Etwas verhaltener zeigte sich Bischof Huber. Er warnte davor, die Rede von der „Krise als Chance“ als „Tranquilizer“ zu missbrauchen. Man müsse ein realistisches Bild von der Verführbarkeit des Menschen haben. Die Regulierungsdebatte sei eine Antwort auf die Verführbarkeit des Menschen, für die die christliche Tradition das Wort „Sünde“ habe. Trotzdem müssten wir uns vor Resignation schützen, schließlich sei in christlicher Perspektive die Hoffnung stärker als die Angst.

Frau Prof. Nothelle-Wildfeuer sah es für eine zukunftsfähige Soziale Marktwirtschaft als wichtigste Aufgabe an, Fragen der sozialen Gerechtigkeit – verstanden als Chance, sich zu beteiligen, also als Chance, die Freiheit auch auszuüben – in den Mittelpunkt zu stellen und damit Vertrauen zu stärken. Dadurch könnten den Menschen die Hoffnung und das Bewusstsein gegeben werden, dass sie selbst nicht einfach Opfer eines Globalisierungsprozesses sind, sondern Mitgestalter sein und werden könnten.



BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:

Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin

Briefadresse:

11054 Berlin

T +49 30 2033-1070

F +49 30 2033-1075

grundsatz@arbeitgeber.de
www.arbeitgeber.de

Stand: Juli 2009

www.arbeitgeber.de